



Begleitbrief zur Petitionsübergabe an Basler Regierungsrat und Grossrat

Basel, 15. Oktober 2018

Sehr geehrte Regierungsrätin, sehr geehrter Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
liebe Parlamentarierin, lieber Parlamentarier des Grossen Rats

Leben auf Kosten von Menschenrechtsverletzungen? Das wollen wir nicht und deshalb schauen wir in Basel genauer hin. Wir schauen genauer hin, welche Realität und Geschichten hinter weltweiten bekannten Basler Konzernnamen stehen. Und welche Rolle die Basler Politik dabei spielt (oder eben nicht).

[Diesen Mittwoch um 12 Uhr werden Menschen aus Basel mit einer Aktion und Petitionsübergabe ein Umdenken im Umgang mit den ansässigen Multis fordern.](#)

Laut UNO-Bericht sterben jährlich 200'000 Menschen an Pestizidvergiftungen – einmal die Bevölkerung Basels. Rund 20% beträgt der Marktanteil der Syngenta im Pestizidmarkt. Was macht 20% von 200'000?

Der UN-Weltagrарbericht zeigt auf, dass mit industrieller Giftlandwirtschaft weder die sozialen noch ökologischen Probleme der Menschheit gelöst werden können. Ein Paradigmenwechsel ist dringend notwendig, heisst die Schlussfolgerung. Was bedeutet es für uns in Basel, wenn ein Konzern wie Syngenta mächtige Weltagrарpolitik macht und zu Profitzwecken genau das Gegenteil weltweit durchsetzen kann?

Was heisst es in diesem Zusammenhang, wenn die Syngenta den Kanton an Expos zu Ernährungsfragen repräsentieren darf? Wenn die ‚Basler Stadtnatour‘ der Stadtgärtnerei von dem mächtigen Agrarkonzern gesponsert wird? Wenn die [gut dokumentierten Menschenrechtsverletzungen](#) beim offiziellen Basel kein Thema sind? Wenn Demonstrationen aus der Bevölkerung dagegen wiederholt aus der Innenstadt verbannt werden? Aus unserer Sicht stellt es perfidestes staatliches Greenwashing dar, gar eine Beihilfe [zum Ökozid von Agrokonzernen wie Monsanto und Syngenta](#). [Über 1000 Unterzeichner*innen des offenen Briefes an die Basler Regierung und den Grossen Rat sagen: Nicht in meinem Namen, Basel! Und fordern konkret:](#)

Wir richten folgende Forderungen an die Regierung und die Parteien im Grossen Rat:

- Alle Opfer von Syngenta-Giften müssen die notwendige medizinische Behandlung bekommen. Die Stadt Basel stellt zu diesem Zweck einen Reparationsfonds im Wert von CHF 150 Millionen zur Verfügung.
- Wir fordern die Finanzierung eines agrarökologischen Instituts an der Universität Basel, welches zur Aufgabe hat, nachhaltige und solidarische Landwirtschaftsmodelle zu erforschen. Syngenta macht von Basel aus Weltagrарpolitik. Mit viel Geld, viel Einfluss, was sie zur Förderung einer schädlichen industriellen Landwirtschaft nutzt. Dem muss Basel etwas entgegensetzen, denn es gibt Alternativen. Dann wäre Basel für die nächste Expo gerüstet!
- Basel muss alle Sponsorings und Public-Private Partnerships mit Syngenta beenden. Zudem gehört der heutige Steuerdeal sofort aufgekündigt. Syngenta-Gewinne müssen zum ordentlichen Steuersatz versteuert werden.



- Die Basler Regierung soll offiziell und mit Nachdruck die Konzernverantwortungsinitiative im Abstimmungskampf unterstützen. Und einen Recherefonds zur Verfügung stellen, um Menschenrechtsverletzungen von Basler Konzernen in den Ländern des Südens zu erforschen und öffentlich bekannt zu machen.
- Demonstrationen durch die Innenstadt gehören jederzeit bewilligt und die demokratischen Grundrechte geschützt!

Wir zählen für diese Forderungen auf Ihre Unterstützung und Ihr Engagement und sind gerne bereit mit ihnen zusammen zu arbeiten, um den täglichen Menschenrechtsverletzungen auf den Feldern dieser Welt durch die Basler Syngenta ein Ende zu setzen. Oder zumindest dazu beizutragen. Dies ist in Basel mit unserer Geschichte nun mal unsere Pflicht!

Mit erwartungsvollen Grüßen

*Vertreter*innen der Kerngruppe des March gegen Monsanto & Syngenta, MultiWatch Basel und die über 1000 Unterzeichnenden der Petition.*